

Erweiterte Billionenprogramme bei den großen Notenbanken

Lizenz zum Gelddrucken

Japanisch zu lernen kam in den 1980er Jahren in Mode, als das Land der aufgehenden Sonne die Weltwirtschaft zu übernehmen schien. Die EZB hat vielleicht nicht die Sprache, aber von der japanischen Geldpolitik gelernt. Zwar kauft die EZB im Gegensatz zur Nippon Ginkō noch keine Aktien, aber in jeder anderen Beziehung kopieren EZB und US-Fed die seit zwei Jahrzehnten bestehende japanische „Lockerungspolitik“. Die Fed kauft nicht nur Staatsanleihen, sondern auch Unternehmensanleihen, sogar solche mit niedriger Bonität, was die EZB noch überdenkt.

Die EZB hinkt hinterher, die Fed begann im April mit den Käufen. Dies spiegeln die Aktienindizes wider, deren Erholung in Europa bis zur Ausweitung des EZB-Kaufprogramms PEPP auf 1,3 Billionen Euro weit langsamer verlief als in den USA. Als Notfallmaßnahme ist der Kauf von Firmenanleihen durchaus logisch. Denn viele Anleger, die solche Papiere auf Kredit gekauft haben, mußten wegen des Preisverfalls verkaufen, was die Kurse weiter unter Druck setzte.

Gleichzeitig kauften die Zentralbanken Staatsanleihen zurück, durch deren Leerverkauf sie Zinsrisiken abgesichert hatten. Deshalb verstärkt eine Zentralbank letztlich den Verkaufsdruck auf Unternehmensanleihen, wenn sie nur Staatsanleihen kauft und deren Kurse treibt. Allein die Ankündigung der Fed erlaubte zahlreichen Unternehmen, trotz der Markturbulzen neue Anleihen zu

emittieren. Stützt man in Europa die Finanzmärkte nach der Lehman-Krise, muß man jetzt feststellen, daß eben jene Märkte Finanzierungen ermöglichen, die für Banken mit wackeligen Bilanzen und hohen Kapitalanforderungen derzeit schwierig sind.

Der Anleihemarkt stabilisiert sich langsam. Die EZB kommt viel zu spät, um die Marktpanik zu lindern. Dazu kommt, daß Firmenfinanzierungen in Europa stärker von Bankkrediten als Anleihen abhängen, was die Wirksamkeit der Käufe begrenzt.

Außerdem kauft die Fed bereits Dollar-Anleihen europäischer Firmen, die in von ihr erworbenen ETF-Fonds enthalten sind, beispielsweise der Deutschen Bank oder von T-Mobile. Es geht der EZB vermutlich eher darum, Geld zu drucken, was der „Modernen Geldpolitik“ (MMT) zufolge Wachstum ohne Inflation schaffen soll. Der deflationäre Effekt von China-Importen hat zwei Jahrzehnte lang Geldrücken bei moderater Inflation ermöglicht. China dürfte in Zukunft weniger zentral für die Weltwirtschaft sein, so daß Inflation wahrscheinlich wird. Auch das dürfte ein Kalkül der Zentralbanken sein, denn ohne Inflation sind die enormen Staatsschulden langfristig nicht mehr tragbar.

Für Privatanleger ist damit klar: Geld wird gedruckt, ohne daß ein Ende in Sicht ist. Aktien sind zwar kurzfristig immer riskant, aber langfristig ist die Erosion der Kaufkraft bei allen vermeintlich sicheren Anlagen garantiert.



VON
**THOMAS
KIRCHNER**

»Ohne Inflation sind die enormen Staatsschulden langfristig nicht mehr tragbar.«



St. Johanner Markt in Saarbrücken: Sieben westdeutsche Kommunen haben eine Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 7.500 Euro

Nachhaltige Kommunen nach Corona

Finanzpolitik: Ein Vier-Säulen-Modell als Alternative zur pauschalen Entschuldung von Städten und Gemeinden

DIRK MEYER

Der Begriff Nachhaltigkeit entstammt der Forstwirtschaft. Es ist ein Weg, um die Welt im Gleichgewicht zu halten. Die Corona-Pandemie hat nun zu vielfältigen Verwerfungen geführt – auch bei den Finanzen von Städten und Gemeinden. Diese werden durch die Ausfälle bei der Gewerbesteuer (41 Prozent Anteil am kommunalen Aufkommen) oder höheren Sozialausgaben hart getroffen. Der Steuerausfall wird dieses Jahr auf 11,8 Milliarden Euro (minus 25 Prozent) geschätzt. Das 130 Milliarden Euro schwere „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ der Bundesregierung soll hier eine gewisse Entlastung bieten. 2017 belief sich der Schuldenstand der Städte und Gemeinden in den Flächenländern auf 137,5 Milliarden Euro. Kurzfristige Kassenkredite in Höhe von 45 Milliarden Euro haben die Lächer bei den laufenden Ausgaben gestopft. Die Investitionskredite werden hingegen als werthaltig angesehen. Betroffen sind etwa 2.000 Kommunen, wobei etwa 650 Gemeinden Liquiditätskredite von mehr

als 1.000 Euro je Einwohner haben – betroffen sind vor allem das Saarland, Rheinland-Pfalz, NRW und Hessen (IW-Report 27/19). Im Gegensatz zu den Corona-Folgen sind die Ursachen der Altschulden vielfältig: struktureller Wandel in der Industrie, der Abzug von US-Militär, soziale Brennpunkte und Zuwanderung oder mangelnde Finanzaufsicht der Länder. Mülheim an der Ruhr war 2017 mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 9.791 Euro Spitzenreiter. Es folgten Oberhausen (9.663), Saarbrücken (8.806), die BASF-Stadt Ludwigshafen (8.243), Trier (7.853), Hagen (7.833) und Offenbach (7.587).

Finanzminister Olaf Scholz wollte mit 57 Milliarden Euro Entschuldungshilfen – hälftig von Bund und Ländern finanziert – gleich beide Probleme lösen. Das Projekt der Altkreditentschuldung ist im Koalitionsausschuß gescheitert, denn es würde gegen die föderale Eigenfinanzierung verstoßen und Fehlanreize setzen: In Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen spielen Kassenkredite kaum eine Rolle. Der Föderalismus ist aus guten Gründen im Grundgesetz festgeschrieben: Dezentralität heißt Bürgernähe, Vielfalt gestattet Fehler ohne große Fehlerkosten, und eine horizontal-verti-

kale Teilung bedeutet Dekonzentration von Macht. Die EU reiht sich hier übrigens ein, indem die Staaten weiterhin die „Herren der Verträge“ sind – was mitunter seitens europäischer Organe in Frage gestellt wird.

Ein föderaler Grundsatz besteht in der Übereinstimmung von Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen. Doch derzeit gelten Kommunen im Verhältnis zu ihren Aufgaben als strukturell unterfinanziert. Dies könnte das „Vier-Säulen-Modell“ der Stiftung Marktwirtschaft zu den kommunalen Einnahmen nachhaltig lösen. Eine einfache Erhebung, stetige Einnahmen, hohe Akzeptanz seitens der Steuerzahler und keine Substanzbesteuerung sind Hauptziele des Vorschlags.

Eine Bürgersteuer schafft mehr Ausgabentransparenz

Alle Nutzer kommunaler Infrastruktur sollen gemäß den erlangten Vorteilen zur Finanzierung herangezogen werden: Grundbesitzer, lokale Firmen und Bewohner. Ein Hebesatzrecht, mit dem das Steuerniveau variiert werden kann, fördert die Eigenständigkeit der Kommunen und bietet Handlungsspielräume. Die erste Säule ist eine reformierte Grundsteuer. Sie bietet ein konjunkturunabhängiges, stetiges Aufkommen und besitzt einen engen Bezug der Nutzer (Eigentümer oder Mieter) zu den kommunalen Leistungen wie Straßen, Schulen etc. Zudem kann ihr aufgrund der Ortsgebundenheit der Besteuerungsgrundlage – Grundstücke/Gebäude – kaum ausgewichen werden.

Eine zweite Säule bietet eine Bürgersteuer, die einkommensabhängig erhoben wird. Derzeit bekommen die Gemeinden und Städte 15 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer, zwei Prozent des Umsatzsteueraufkommens sowie zwölf Prozent der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge – ohne daß dies dem Bürger bewußt ist. Eine Bürgersteuer könnte als offen ausgewiesener Zuschlag zu einer um den Gemeindeanteil reduzierten Ein-

kommensteuer Transparenz und einen Bezug zu dem örtlichen Versorgungsangebot schaffen. Teure Infrastrukturen, wie der Neubau eines Freizeitbades oder ein neues Straßennetz, würden entsprechend hohe Zuschläge notwendig machen. Damit erhält der Bürger mehr Kontrollrechte im Gemeinderat. Zudem würde das Interesse an Gewerbesteuererhöhungen steigen, da diese tendenziell die Zuschläge senken würden.

Die dritte Säule ist eine kommunale Unternehmenssteuer, die an die heutige Gewerbesteuer anknüpft. Allerdings sollen für Kapital- und Personengesellschaften einheitliche Regelungen bestehen, denn letztere werden derzeit durch einen Freibetrag begünstigt. Auch eine im internationalen Steuerwettbewerb komplexe und nachteilige Berücksichtigung der Gewerbesteuer bei der Einkommensbesteuerung soll entfallen. Unter Einbezug von Freiberuflern und Selbständigen könnte die Steuerbasis verbreitert und deshalb die Steuersätze reduziert werden. Ein Hebesatzrecht würde der Kommune zusätzliche Spielräume eröffnen.

Die vierte Säule ist eine Betriebslohnsteuer, die an die Lohnsumme der in der Kommune ansässigen Betriebe anknüpft. Alle Produktionsstätten, auch die, die bislang nicht der Gewerbesteuer unterliegen, tragen so zur Finanzierung der gemeindlichen Infrastruktur bei. Sie wäre relativ aufkommensstabil – im Gegensatz zur kommunalen Unternehmenssteuer, deren Aufkommen von der Gewinn-/Verlustsituation abhängt. Die Kommunen erhalten hiermit Anreize, insbesondere arbeitsintensive Betriebe anzusiedeln. Die Corona-Krise eröffnet die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Reform der Gemeindefinanzen. Daher ist dieser Vorschlag einer näheren Prüfung wert.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. „Das Vier-Säulen-Modell 2020“: stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/working-paper

EU-Binnenmarkt verhindert niedrigere Mehrwertsteuersätze

Scheinbare Großzügigkeit

Von Jörg Fischer

Nach sieben Jahren Rot-Grün warnte die Hartz-IV-SPD: „Merkelsteuer, das wird teuer!“ Doch nach der Bundestagswahl 2005 gab es eine Große Koalition – und die unsoziale Mehrwertsteuer stieg nicht um zwei, sondern sogar um drei Punkte auf 19 Prozent. Die versprochene Einkommensteuersenkung gab es natürlich nicht – schließlich sind beide Steuern mit je 30 Prozent die wichtigsten Quellen des Fiskus. Wegen der Corona-Krise soll dieser Wahlbetrug ab Juli rückgängig gemacht werden, der „ermäßigte“ Satz für Bücher, Nahrungsmittel und Medikamente fällt von sieben auf fünf Prozent.

Allerdings ist diese Entlastung „zur Stärkung der Binnennachfrage“ im „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ der Bundesregierung bis Jahresende begrenzt. Und reichen drei Prozent „Rabatt“ aus, um die gesunkene Kaufkraft kurzfristig zu beleben? Mehr war aber kaum drin, denn der EU-Binnenmarkt sieht Mindestsätze von 15 bzw. fünf Prozent vor. Schließlich ist ein Teil des Mehrwertsteuer-

aufkommens der Mitgliedstaaten eine feste Einnahmequelle des wachsenden EU-Haushalts. Und wird die Steuersenkung überhaupt real an die Kunden weitergegeben? Bei der Preisumstellung 2002 von D-Mark auf Euro wurde dies von vielen Dienstleistern und Händlern für kräftige Preiserhöhungen genutzt. Das ist wohl insgesamt auch bezweckt: Unternehmen können so ihre Corona-geschädigte Zahlungsfähigkeit etwas verbessern. Und der zweimalige Umstellungsaufwand wird für IT-Firmen zu einem lukrativen Zusatzgeschäft.

Wenn die Regierung wirklich Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen zum Kauf animieren wollte, hätte sie nicht ihre „Innovationsprämie“ für Käufer eines teuren E-Autos auf 6.000 Euro verdoppelt, sondern von Donald Trump gelernt: Jede steuerzahlende Familie hatte dort spätestens im Mai je 1.200 Dollar für Vater und Mutter sowie 500 Dollar für jedes Kind als Scheck im Postkasten vorgefunden – ganz ohne vor-mundschäftliche Konsumlenkung.

Corona-Krisenbewältigungspaket

Das 130 Milliarden Euro schwere „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ der Bundesregierung enthält zum Beispiel eine Mehrwertsteuersenkung, einen 300-Euro-Kinderbonus, 6.000 Euro für Käufer eines bis zu 46.400 Euro teuren E-Autos oder die „Kulturmilliarde“ für „Mehrfachbedarfe von Einrichtungen und Projekten und die Förderung alternativer, auch digitaler Angebote“. Der Bund wird von überschuldeten Städten und Gemeinden zwar keine Altschulden übernehmen, aber dauerhaft weitere 25 Prozent der Grund- und insgesamt bis zu 75 Prozent der

Unterkunftskosten von Sozialgeld- und Hartz-IV-Beziehern sowie Asylwanderern zahlen. Mit einem „Kommunalen Solidarpakt 2020“ sollen zudem „die aktuellen krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuererträge kompensiert“ werden. Dazu gewähre der Bund im laufenden Jahr den Gemeinden „gemeinsam mit den zuständigen Ländern hälftig finanziert einen pauschalierten Ausgleich“. Bei dem KfW-„Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ wird die Deckelung auf 50 Millionen Euro aufgehoben. (fjs)

Deutschland, wie Sie es noch nie erlebt haben!

Sagenhafte Bilder auf DVD in HD-Qualität



Deutschland von oben
Der Kinofilm
DVD, Laufzeit 114 Min.
Best.-Nr. 92720
9,99 Euro



Deutschland von oben,
ein Wintermärchen
DVD, Laufzeit 114 Min.
Best.-Nr. 93778
13,99 Euro



Deutschland-Saga
Woher kommen wir?
Was eint uns?
Wer sind wir?

Christopher Clark
Deutschland-Saga
2 DVDs, Laufzeit: 270 Min.
Best.-Nr. 93239
18,99 Euro